

Inhaltsverzeichnis

Teil I Die Vergütung des Sachverständigen für außergerichtliche Tätigkeiten nach dem BGB

Abschnitt 1 Werkvertragsrecht	3
§ 631 Vertragstypische Pflichten beim Werkvertrag	3
1 Abschluss eines Werkvertrages	3
2 Entrichtung der vereinbarten Vergütung	5
§ 632 Vergütung	7
1 Stillschweigende Vereinbarung einer Vergütung	7
2 Taxmäßige Vergütung	8
3 Vereinbarte Vergütung	9
4 Übliche Vergütung	9
5 Kostenanschlag	12
6 Erstattung der Kosten eines Privatgutachtens	13
§ 632a Abschlagszahlungen	14
§ 640 Abnahme	17
§ 641 Fälligkeit der Vergütung	20
§ 646 Vollendung statt Abnahme	22
§ 649 Kostenanschlag	22
Abschnitt 2 Verjährung	25
§ 194 Gegenstand der Verjährung	25
§ 195 Regelmäßige Verjährungsfrist	25
§ 199 Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist und Höchstfristen	26
§ 203 Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen	27
§ 204 Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung	27

§ 209 Wirkung der Hemmung	29
§ 212 Neubeginn der Verjährung	29
§ 214 Wirkung der Verjährung	30

Abschnitt 3 Verbraucherrecht	31
Einführung	31
§ 13 Verbraucher	32
§ 14 Unternehmer	33
§ 312 Anwendungsbereich	34
§ 312b Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	34
§ 312c Fernabsatzverträge	35
§ 312g Widerrufsrecht	36
§ 355 Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	37
§ 312d Informationspflichten	38
§ 357 Rechtsfolgen des Widerrufs von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen mit Ausnahme von Verträgen über Finanzdienstleistungen	39

Teil II Die Vergütung des Sachverständigen für gerichtliche Tätigkeiten

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	43
§ 1 Geltungsbereich und Anspruchsberechtigung	43
1 Vergütung bei Heranziehung als Sachverständiger	44
1.1 Heranziehende Stelle	45
1.2 Heranziehung als Sachverständiger	48
1.3 Keine Heranziehung als Sachverständiger	52
1.4 Gleichgestellte Fälle	53
1.5 Keine Leistungserbringung trotz Heranziehung	54
1.6 Gewährung einer Vergütung oder Entschädigung nur nach dem JVEG	55
1.7 Vorrang bei Festsetzung und Beschwerde	58
§ 2 Geltendmachung und Erlöschen des Anspruchs, Verjährung	58
1 Geltendmachung des Vergütungsanspruchs	60
2 Zuständige Stelle für die Geltendmachung	61
3 Fristbeginn für den Antrag	61
4 Fristverlängerung	62
5 Folgen der Ablehnung einer Fristverlängerung	63
6 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	64

6.1	Wiedereinsetzung bei unverschuldeter Fristversäumnis	64
6.2	Inhalt des Antrags auf Wiedereinsetzung	65
6.3	Ausschlussfrist für die Wiedereinsetzung	66
6.4	Beschwerde gegen die Ablehnung der Wiedereinsetzung	66
7	Verjährung des Anspruchs	66
8	Dauer der Verjährungsfrist für den Erstattungsanspruch	67
§ 3	Vorschuss	68
1	Voraussetzungen für einen Vorschuss	68
2	Adressat für einen Antrag auf Vorschuss	71
§ 4	Gerichtliche Festsetzung und Beschwerde	72
1	Voraussetzungen für die gerichtliche Festsetzung	74
1.1	Abgrenzung zum Anweisungsverfahren	74
1.2	Heranziehung durch Gerichte/Rechtspfleger	75
1.3	Antrag der Berechtigten	75
1.4	Festsetzung durch das Gericht von Amts wegen (wegen der Bejahung der Angemessenheit)	76
1.5	Umfang und Rechtsfolge der Festsetzung	78
1.6	Verfahren	79
1.7	Zuständigkeit für die Festsetzung	79
2	Gerichtliche Entscheidung gegen die Festsetzung durch die Verwaltungsbehörde	80
3	Voraussetzungen für die Beschwerde gegen die gerichtliche Festsetzung	80
3.1	Zulassungsgrund	80
3.2	Beschwerdeberechtigte	81
3.3	Beschwerdefrist	82
3.4	Zuständiges Gericht für die Beschwerde	82
4	Rechtsfolge der Beschwerde	83
5	Die weitere Beschwerde	83
6	Form der weiteren Beschwerde	84
7	Verfahren vor dem Beschwerdegericht	84
8	Kosten des Beschwerdeverfahrens	85
9	Kollision der Entscheidungen nach § 4 JVEG und § 104 ZPO	85
10	Gegenvorstellung	86
§ 4a	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	87
1	Voraussetzungen für die Anhörungsrüge	88
2	Verfahrensablauf	88
§ 4b	Elektronische Akte, elektronisches Dokument	89

§ 4c Rechtsbehelfsbelehrung 90

Abschnitt 2 Gemeinsame Vorschriften 91

§ 5 Fahrtkostenersatz 91

- 1 Fahrtkostenersatz bei Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ... 92
- 2 Fahrtkosten bei Nutzung eines Kraftfahrzeuges 95
- 3 Ersatz höherer Kosten 96
- 4 Reisen während der Termindauer 97
- 5 Terminsreisen von bzw. zu einem anderen Ort 97

§ 6 Entschädigung für Aufwand 98

- 1 Abwesenheitsgeld 98
- 2 Übernachtungsgeld 99

§ 7 Ersatz für sonstige Aufwendungen 100

- 1 Barauslagen, Kosten der Vertretung und Kosten der Begleitperson 101
 - 1.1 Sonstige Barauslagen 101
 - 1.2 Kosten der Vertretung 102
 - 1.3 Kosten der Begleitperson 103
 - 1.4 Vorbereitungskosten 103
 - 1.5 Sonstige Kosten 104
- 2 Ersatz für Kopien und Ausdrucke 104
- 3 Ersatz für (ggf. farbige) Diagramme, Grafiken und Zeichnungen ... 106
- 4 Ersatz für gespeicherte Dateien 106

Abschnitt 3 Vergütung von Sachverständigen, Dolmetschern und Übersetzern 109

§ 8 Grundsatz der Vergütung 109

- 1 Umfang der Vergütung des Sachverständigen 110
- 2 Honorarhöhe 111
 - 2.1 Grundsatz der durchschnittlichen Fähigkeiten und Kenntnisse des Sachverständigen 112
 - 2.2 Literaturstudium 113
 - 2.3 Auftragsüberschreitung 114
 - 2.4 Nachtarbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit 114
 - 2.5 Verwertbarkeit des Gutachtens 115
 - 2.6 Stellungnahme zu einem Ablehnungsgesuch einer Partei 115
 - 2.7 Vorprüfung und Vorbereitungszeit 115
 - 2.8 Notwendige Reise- und Wartezeiten 117
 - 2.9 Erstellung des Gutachtens 117
 - 2.10 Erstellung der Honorarrechnung 118

3	Rundung der geleisteten Stunden	118
4	Aufteilung der gleichzeitigen Leistungen nach der Anzahl der Angelegenheiten	119
5	Erhöhung der Vergütung für im Ausland lebende Sachverständige	119
§ 8a	Wegfall oder Beschränkung des Vergütungsanspruchs	121
1	Einführung	122
2	Nichtanzeige von Ablehnungsgründen bei Beginn der Heranziehung	122
3	Nicht ordnungsgemäße Leistungserbringung (Pflichtenverstoß)	123
3.1	Fachkundigkeit und Hinzuziehung weiterer Sachverständige gem. § 407a Abs. 1 ZPO	123
3.2	Unparteilichkeit gem. § 407a Abs. 2 ZPO	124
3.3	Übertragungsbefugnis und die Mitarbeit anderer Personen gem. § 407a Abs. 3 ZPO	124
3.4	Zweifel bei Inhalt und Umfang des Auftrags gem. § 407a Abs. 4 S. 1 ZPO	124
3.5	Mangelhafte Leistung	125
3.6	Schaffung von Gründen zur Ablehnung wegen der Besorgnis der Befangenheit	127
3.7	Nicht vollständige Erbringung der Leistung trotz weiteren Ordnungsgeldes	127
3.8	Vom Gericht berücksichtigte Leistung gilt als verwertbar	128
4	Missverhältnis der Kosten	128
5	Überschreiten des Vorschusses	129
6	Fehlendes Verschulden	129
§ 9	Honorar für die Leistungen der Sachverständigen und Dolmetscher	130
1	Einführung	133
2	Die Zuordnung der Sachverständigenleistungen zu den einzelnen Sachgebieten bzw. Honorargruppen	134
2.1	Sachgebiete für Sachverständigenleistungen	134
2.2	Honorargruppen für medizinische und psychologische Gutachten	135
3	Allgemeines zur Höhe der festgesetzten Stundensätze	137
4	Zuordnung der Sachverständigenleistungen zu einem Sachgebiet	137
5	Zuordnung von Sachverständigenleistungen die in einem Sachgebiet erbracht werden, welches nicht in Anlage 1 aufgeführt ist	138
6	Zuordnung von Sachverständigenleistungen bei Tätigkeiten auf mehreren Sachgebieten oder bei durch diese Leistungen	

betroffenen mehreren Gegenständen in medizinisch oder psychologischen Gutachten	141
7 Unbillige Bemessung des Honorar bei Leistungen in mehreren Sachgebieten	142
8 Beschwerde gegen die Zuordnung zu einem Sachgebiet	142
9 Honorar des Sachverständigen im Insolvenzverfahren	143
§ 10 Honorar für besondere Leistungen	144
1 Leistungen nach Anlage 2	148
1.1 Abschnitt 1: Leichenschau und Obduktion	149
1.2 Abschnitt 2: Befund	150
1.3 Abschnitt 3: Untersuchungen, Blutentnahme	150
1.4 Abschnitt 4: Abstammungsgutachten	150
2 Vergütung von Leistungen nach Abschnitt O der GOÄ	150
3 Vergütung zusätzlicher Zeit	151
§ 12 Ersatz für besondere Aufwendungen	151
1 Grundsatz der Abgeltung der Gemeinkosten durch §§ 9 bis 11 JVEG	152
2 Ersatz der besonderen Kosten	152
2.1 Kosten für die Vorbereitung und Erstattung des Gutachtens	153
2.2 Aufwendungen für Hilfskräfte	154
2.3 Verbrauchte Stoffe und Werkzeuge	156
3 Ersatz der Kosten für Fotos oder an deren Stelle tretende Abzüge oder Ausdrucke von Fotos	156
4 Kosten des schriftlichen Gutachtens	158
5 Umsatzsteuer	159
6 Aufwendungen für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen ..	160
7 Zuschlag für die auf die Hilfskräfte entfallenden Gemeinkosten ...	160
§ 13 Besondere Vergütung	161
1 Vorrang von Individualvereinbarungen	162
2 Zweck und Anwendbarkeit	163
3 Übereinstimmende Erklärungen	163
4 Einseitige Erklärung und gerichtliche Zustimmung	164
5 Zahlung des Auslagenvorschusses an die Staatskasse	166
§ 14 Vereinbarung der Vergütung	167
1 Vereinbarung zwischen dem Sachverständigen und der zuständigen Behörde	167
2 Konkrete Zuständigkeiten der jeweiligen Landes- oder Bundesbehörde	168

3 Gerichtliche Überprüfbarkeit im Einzelfall	169
Abschnitt 6 Schlussvorschriften	171
§ 24 Übergangsvorschriften	171
§ 25 Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes	172
Anhang	173
Literatur	223
Stichwortverzeichnis	225